

teilung der Angeklagten und ohne Verteidigung geführt – grundlos war und keinem anderen Zweck diente, als der Habgier und Machtfestigung des damals ziemlich mittellosen Fürsten Bethlen. Denn den riesigen Besitz dieser Frauen konfiszierte nicht der Staat, sondern der Fürst selbst. Einen gewissen Anlaß zur Klage gaben die Frauen nur insofern, als sie in Intimbereichen über das damalige – ziemlich maßlose – Maß hinausgingen. Ein großer Nutzen der Arbeit besteht darin, daß der Verf. sich mit der Gesamtliteratur kritisch auseinandersetzt (evangelische Historiker nahmen schon immer den Glaubensstreiter und -genossen Bethlen gerne in Schutz), das Thema in den Kontext der damaligen Glaubens- und Sittengeschichte hineinstellt und die ganze ungarische Belletristik, die sich mit diesen Frauen oft beschäftigte, heranführt. Gut ausgewählte Illustrationen – Porträts, Kleider, Möbel, Schlösser usw. – veranschaulichen die Aussagen. Das Buch ist nicht nur eine späte Rehabilitation dreier ziemlich unschuldig verfolgter Frauen, sondern zugleich eine Korrektur des bisherigen allzu positiven Geschichtsbildes des Gábor Bethlen.

*Gabriel Adriányi*

Bonn

## 18. UND 19. JAHRHUNDERT

[WINKLER, MICHAEL:] *Glaube und Kirche in der Schwäbischen Türkei des 18. Jahrhunderts*. Aufzeichnungen von Michael Winkler in den Pfarrchroniken von Szakadát, Bonyhád und Gödre. Zusammengestellt, aus dem Lateinischen übersetzt und eingeleitet von FRANZ GALAMBOS. München: Trofenik 1987. 368 S. = *Studia Hungarica* 34.

Michael Winkler (1729-1810) war Pfarrer in Gödre (bis 1759), Szakadát (1759 bis 1768), Bonyhád (1769-1789), und schließlich wieder von Gödre (1789-1810). In dieser Zeit führte er Aufzeichnungen über die Geschichte der Dörfer, der Pfarrämter und der Filialen, in denen er wirkte. Diese Aufzeichnungen wurden von Franz Galambos aus dem Lateinischen übersetzt und mit einer Einleitung sowie fortlaufend mit erklärenden Anmerkungen versehen.

Um jene Zeit kennenzulernen, stehen in erster Linie die Visitationsakten und die Pfarrchroniken zur Verfügung. Die Visitationsakten haben einen amtlichen Charakter; sie wurden bei den Besuchen der Bischöfe verfaßt. Die Pfarrchroniken haben eine mehr persönliche Wesensart. Der Pfarrer notiert nicht nur Einzelheiten, die ansonsten unbeachtet zu bleiben pflegen, sondern er schreibt oft auch nur für sich und zeichnet Geschehnisse auf, die ihn persönlich besonders berührten. Wer selbst Chronik schreibt, weiß, daß manches Negative in ein Chronikbuch Eingang findet. Der Pfarrer kann auch voreingenommen sein gegen Personen oder Ereignisse und Positives stillschweigend einfach nur zur Kenntnis nehmen. Das ganze Leben Winklers bürgt aber dafür, daß wir seine Ehrlichkeit nicht in Zweifel ziehen dürfen. Dem Eindruck kann man sich nicht verwehren, daß die zehn Jahre in

Szakadát bei Winkler ein unvergeßliches Bild hinterließen und daß sie fortan für ihn eine Richtschnur bedeuteten.

Die Originaltexte der drei Chroniken sind im großen und ganzen lateinisch, manche Briefe deutsch in gotischer Schreibweise; ungarische Aufzeichnungen sind sehr spärlich: die »einzige kurze ungarische Predigt« hat Winkler ebenfalls lateinisch notiert. Hier wurde der Versuch unternommen, anhand der Aufzeichnungen einerseits die Persönlichkeit Pfarrer Winklers vorzustellen, andererseits das Leben im Alltag mehrerer Dörfer darzustellen, und zwar so, wie sie ein Seelsorger als Zeitzeuge im 18. Jh. sah und schilderte.

Wenn wir das Buch aufmerksam lesen, bekommen wir Antwort auf die Fragen: wie war der Anfang? Wie fanden sich die Ansiedler zurecht in der neuen Umgebung? Welche Rolle spielte in ihrem Kampf um eine neue Existenz die Religion? Wie kamen die Pfarreien, die Kirche und die Schulen zustande? Woher kamen die Priester? Welche Rolle spielten die Lehrer im 18. Jh.? Wie lebten die Leute?

Staub von Jahrhunderten bedeckte das Lebenswerk dieses edlen, »mit Gott verbundenen und wegen seiner Verdienste höchst lobswerten« Seelsorgers – schreibt Galambos. Das Buch möge dem unermüdlichen Chronisten des 18. Jhs. eine späte Ehrerbietung sein. Es soll auch die Pionierarbeit der Siedler würdigen, die das Leben ihrer Nachkommen in der ungarischen Heimat für mehr als zweihundert Jahre vorbereiteten. Und fügen wir hinzu: dieses Buch ist auch ein Denkmal für Franz Galambos, der es unermüdlich bearbeitete.

*István Kállay*

Budapest

ROTH, ERIK: *Die planmäßig angelegten Siedlungen im Deutsch-Banater Militär-grenzbezirk 1765-1821*. München: Oldenbourg 1988. XVIII, 381 S., 138 Abb. = Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 33.

Eingangs möchte der Rezensent bekennen, daß er, als er die Besprechung dieser Publikation zu übernehmen sich bereit erklärte, eine geographische Arbeit erwartete. Sie entpuppte sich indes als eine architekturgeschichtliche Veröffentlichung. Da reizte mich das Thema umso mehr, als der fachlich anders geartete Ansatz interessante Perspektiven versprach.

Ich habe die vorliegende Arbeit mit großem Gewinn gelesen. Es imponiert das umfangreiche Quellenstudium, was z. T. große Schwierigkeiten einschloß. Die geographischen Rahmenbedingungen sind – u. a. mittels Karten – gut herausgearbeitet. Hier wird der Erweis erbracht, daß noch manche Lücke zu schließen bleibt, aber mit entsprechendem persönlichem Einsatz und speziellen Sprachkenntnissen Bedeutendes zu leisten ist.

Es verwundert daher nicht, daß dieser Dissertation an der Rheinisch-Westfälischen TH Aachen ein berechtigter Preis zuerkannt wurde und ihre Drucklegung die Unterstützung der DFG und des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates in Marburg/Lahn erfuhr.

Abb. 1

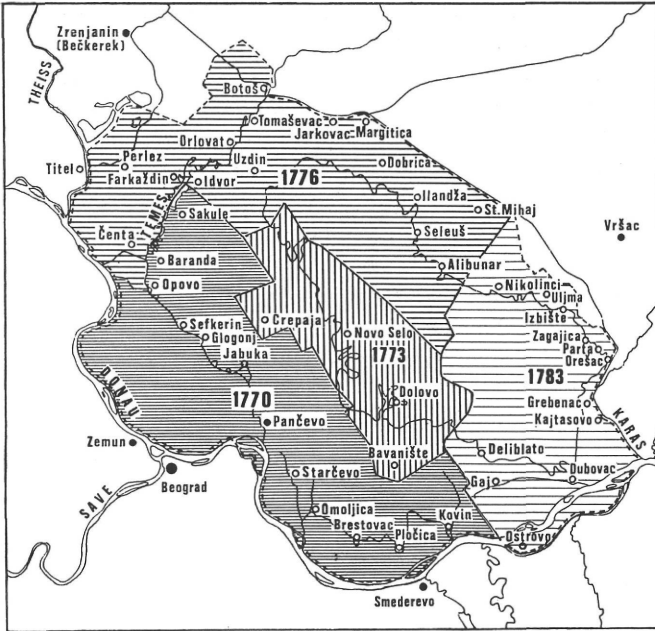


Abb. 5/S. 9

**TERRITORIALE VERÄNDERUNGEN IM 18. JAHRHUNDERT**

- Deutsches Ansiedlungsregiment**
-  Stand 1770
  -  Erweiterung 1773
- Deutsch-Banater Grenzregiment**
-  Erweiterung 1776
  -  " 1783

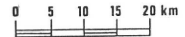


Abb. 2



Abb. 7/S. 20

**DIE NATURRÄUME IM SÜDWESTLICHEN BANAT**

-  Alluvialebene od. Depression
  - Ia Alluvialebene der Donau
  - Ib " " Theiss
  - Ic " " Temes
  - Id Hlandžaer Ried } Ostbanater
  - Ie Alibunarer Ried } Depression
-  Alluvialterrasse der Donau
  -  Untere Lössplatte
  -  Obere Lössplatte
  -  Deliblater (Banater) Sandgebiet
  -  Vršacer Berge
- DT D** Kanal Donau- Theiss- Donau

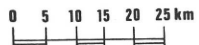


Abbildung 1 (S. 282).



Das einleitende Kapitel legt die zeitliche und räumliche Abgrenzung fest (vgl. Abb. 1 und 2), diskutiert den derzeitigen Forschungsstand und gibt eine Übersicht über die benutzten Quellen, die primär dem Kriegsarchiv Wien entstammen. Der Hauptteil (S. 23-303) vermittelt vielseitige Einblicke sowohl in die chronologische Siedlungsentfaltung, ihre Vorbedingungen, direkten Veranlassungen, aber auch ihre entsprechenden wirtschaftlichen Auswirkungen, speziell im Bereich der Landwirtschaft. Mit guten Gründen wird der zeitliche Rahmen unter eingegengtem Aspekt bis 1872 ausgedehnt.

Ohne eine »Thematische Zusammenstellung der Untersuchungsergebnisse« (S. 304-346) würde sich der Leser schwer tun, die Ergebnisse einzelner Aspekte chronologisch wie entwicklungsgeschichtlich zu erfassen.

Das Kapitel »Bautätigkeit« und »Finanzierung baulicher Maßnahmen« informiert über die Ansiedlung von Veteranen (1765/1766) und die Errichtung »neuer Orte« ab 1770, beides konzipiert unter dem Aspekt der »Abwehr gegen die Türken«. Die staatliche Ansiedleranwerbung in Deutschland (1790/1791) sowie sich ergebende Schwierigkeiten durch Kriegsgeschehen u. a. finden eine entsprechende Erörterung, wie auch z. B. die Verlagerung von Orten auf Grund von Wassermangel, aber auch wegen Überschwemmungsgefahr. Interessant ist, daß je nach Ansiedlung von österreichischen Veteranen und Neuansiedlern aus dem Deutschen Reich bzw. für serbische Familien resp. solchen aus dem Provinzial der Bau der Häuser unterschiedlich ausfiel. Die ersteren wurden vom Staat errichtet; die letzteren mußten »unter Aufsicht« (nach vorgegebenem Typ) ihre Häuser aus eigenen Mitteln selbst finanzieren. Lage und Grundrisse einzelner Orte (Abb. 3 und 4) sowie ihre Größe werden auf typische Beispiele reduziert, die auch Auskunft geben über Hofstellen und zentrale Platztypen. Aber es gelangen ebenfalls Grundrißwandlungen zur Darstellung. Die Grundelemente »Straßen«, »Dorfplätze«, »Hausgrundrisse« werden mit Hilfe entsprechender Skizzen ebenso erläutert wie die »Befestigung der Orte«. Eine vergleichende Übersicht über die zugehörigen Gemarkungen fehlt nicht. Ausführlich wird auf die Rolle der staatlichen Planungen eingegangen und die Einflußnahme der Bewohner auf diese diskutiert. Es ergibt sich nach Auflösung der Banater Militärgrenze (1872) eine individuelle Einflußnahme auf die Gestaltung privater Bauten an bevorzugten Standorten innerhalb der Siedlungen (z. B. an zentralen Plätzen, Straßenkreuzungen u. a.). Aber auch diese ordnen sich – lediglich in etwas repräsentativerer Ausführung – dem Grundprinzip der bislang vorgegebenen staatlichen Bauweise unter.

Die Arbeit liefert einen wichtigen Beitrag zur Geschichte und Entwicklung des pannonischen Dorfes und Hauses und zeigt zugleich, welche Lücken noch bestehen, sie vollständig zu erfassen.

Die durch zahlreiche Skizzen, Grundrisse, Kartenausschnitte, Tabellen und Auszüge aus Urkunden bereicherte Arbeit kann man – ohne Einschränkung – als echten wissenschaftlichen Gewinn verstehen.

*Karl Hermes*

Regensburg

FUTAKY, ISTVÁN; SCHWAMM, KRISTIN: *Die Ungarn betreffenden Beiträge in den Göttingischen Gelehrten Anzeigen 1739-1839*. Budapest: Bibliothek der Ungarischen Akademie der Wissenschaften 1987. 309 S., 19 S. Faksimiles.

Die Autoren haben unter Mithilfe des Finnisch-Ugrischen Seminars der Göttinger Universität ein Verzeichnis von 577 Ungarn betreffenden Beiträgen aus dem ältesten deutschen Rezensionsorgan zusammengestellt. Aufgrund des hohen Anteils der besprochenen ausländischen Literatur sind besonders die alten Jahrgänge der *Göttingischen Gelehrten Anzeigen* (zunächst ab 1739 als »Göttingische Zeitungen von gelehrten Sachen« erschienen) eine reiche Quelle für die Geschichte verschiedener nationaler Wissenschaften und für die Rezeptionsforschung, die bisher nur selten genutzt wurde.

Da im 18. und angehenden 19. Jh. zahlreiche Ungarländer und Siebenbürger an der Georg-August-Universität studierten, die später das geistige Leben ihrer Heimat prägten und den Kontakt mit Göttingen oft jahrelang aufrechterhielten, verwundert es nicht, daß diese Verbundenheit ihren Niederschlag auch in den *Göttingischen Gelehrten Anzeigen* fand. Die Einzeltitel des Verzeichnisses sind in vier thematische Gruppen gegliedert: a) Rezensionen über selbständige Werke und längere Artikel in Sammelwerken zur Ungarnkunde (Hungarologie), b) Ungarn betreffende Beiträge, deren Thematik außerhalb der eigentlichen Hungarologie liegt (z. B. naturkundliche Forschungen), c) Nachrichten der *Göttingischen Gelehrten Anzeigen* über Einzelpersonen, z. B. über Preisverleihungen, Aufnahmen in Akademien oder Vorträge ungarländischer Gelehrter und d) Rezensionen über Werke außerhalb der Ungarischen Thematik, die entweder von Ungarländern verfaßt oder in Ungarn gedruckt wurden.

Als Verdienst des vorliegenden Buches ist zu werten, daß auch dank eines umfangreichen Personal- und Rezensentenregisters interessantes Quellenmaterial zur Wissenschaftsgeschichte Ungarns zugänglicher gemacht wurde.

Armin Höller

Regensburg

BÁCSKAI, VERA: *Towns and Urban Society in Early Nineteenth-Century Hungary*. Budapest: Akad. Kiadó 1989. 151 S., 44 tables, 1 map.

Die vorliegende Arbeit besteht aus zwei eng miteinander verbundenen Teiluntersuchungen; beide basieren auf derselben Quelle, dem ungarischen Steuer-Zensus von 1828. Unterschiedlich sind indes die angewandten Methoden.

In Teil I (S. 9-50) wird versucht, die zentralen städtischen (Markt-)Orte im frühen 19. Jh. und deren Hierarchie zu erfassen; es werden mathematische Methoden angewandt, nämlich Faktoren- und Cluster-Analyse. In Teil II (S. 51-143) unternimmt die Verfasserin den Versuch, die Sozialstruktur dieser Städte mit traditionellen historisch-statistischen Methoden zu erfassen.

Zunächst (S. 11f.) geht die Autorin auf den Stadtbegriff und die Definition »Stadt« in der ungarischen historischen Literatur ein. Der Unterschied zu Westeuropa wird klar herausgestellt. Die Verwendung lateinischer Begriffe für bestimmte Siedlungstypen erklärt sich aus der langen Tradition Ungarns, die lateinische Sprache in Verwaltung und Forschung zu verwenden.

Die Zahl der gewerblich-kommerziellen Städte, (*Liberae ac Regiae...*) *Civitates* mit städtischem Rechtsstatus, weitreichender Autonomie und städtischen Freiheiten war schon seit Ende des Mittelalters sehr klein; im 15./16. Jh. gewannen die *Oppida*, Städte sehr heterogener sozialer, rechtlicher und wirtschaftlicher Rangstellung, zunehmend an Bedeutung. Sie ersetzten allmählich einige der stagnierenden Städte des »klassischen Typs«. In der Übergangsphase vom Feudalismus zum Kapitalismus übernahmen *Agrarstädte*, die nur unter grundherrschaftlicher Jurisdiktion standen und wenige Privilegien besaßen, auch echte städtische Funktionen, dank ihrer Bevölkerungszahl, wachsender Handelsbedeutung und zum Teil weiterer zentraler Aufgaben.

Daher ist es nicht verwunderlich, daß ungarische Historiker Stadtdefinitionen auf Stadtrechts-Basis ablehnten und nach einem Stadtbegriff suchten, welcher der speziellen Entwicklung ihres Landes gerecht wurde.

In diesem Zusammenhang gewann der geographische funktionalistische Ansatz (Bobek, Christaller)<sup>1</sup> an Bedeutung. Der ungarische Historiker Ferenc Erdei wies erstmals auf den städtischen Charakter der großen Agrarsiedlungen des Alföld hin (1939), fand jedoch zunächst wenig Verständnis. Erst ab 1960 wurden Versuche unternommen, das spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Stadtgefüge Ungarns unter diesem Gesichtswinkel zu definieren.

Zusammen mit Lajos Nagy publizierte Frau Bácskai 1980 und 1984 Arbeiten, die als »Vorläufer« der vorliegenden Untersuchungen anzusehen sind.<sup>2</sup>

Ausgangspunkt war die zentrale Marktfunktion einer Siedlung für ein Umland bestimmter Ausdehnung, ohne Beeinträchtigung durch benachbarte Märkte (= pure areas of attraction).

8.340 Siedlungen (= 85%) erwiesen sich als Marktplätze. Von den 743 *civitates* und Agrarstädten mit Marktrechten wurden von der Bevölkerung jedoch nur 282 als Orte identifiziert, wo man regelmäßig einkaufte oder verkaufte.

Lediglich etwa die Hälfte (= 138) waren nach Meinung der Leute von solcher Größenordnung, daß sie als ausschließlicher Markt in Betracht kamen und damit der Definition »Marktzentrum« entsprachen. Sie wurden zunächst nach der Bevölkerungszahl, die ihrem Einzugsgebiet entsprach, in eine Rangordnung gebracht. Die auf diese Weise gewonnene Hierarchie war so überraschend, daß es sinnvoll erschien, den entscheidenden Einflußfaktoren nachzugehen, was nur der Einsatz von Faktorenanalyse und von Computern ermöglichte. Die Verf. kamen

<sup>1</sup> H. BOBEK: Grundfragen der Stadtgeographie. In: Geographischer Anzeiger 1927, S. 213-224; W. CHRISTALLER: Die zentralen Orte in Süddeutschland. Jena 1933.

<sup>2</sup> V. BÁCSKAI – L. NAGY: Market Areas, Market Centres and Towns in Hungary in 1828. Budapest 1980 = Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 26; DIESELBEN: Piackörzetek, piacközpontok és városok Magyarországon 1828-ban. Budapest 1984.

zu dem Ergebnis, daß 57 von 138 Marktzentren 1828 als Städte im funktionalen Sinne aufzufassen waren. Eine hierarchische Stufung städtischer Zentren zu unterscheiden, wies auf die Cluster-Analyse; das Ergebnis legt die Verfasserin vor.

Auf das *Procedere* kann hier nicht eingegangen werden; es führte zur (theoretischen) Unterscheidung von zehn Gruppen, von denen nur neun »zum Tragen« kamen,<sup>3</sup> was nach Meinung der Verfasserin einer für Ungarn adäquaten Klassifizierung entspricht.

Die Sonderstellung von Pest-Buda (86.600 Einwohner) kommt schon darin zum Ausdruck, daß die Doppelstadt als einzige Siedlung der Gruppe I zugewiesen werden konnte. Ihr Markteinzugsbereich im weiteren Sinn umfaßte eine Region mit über 600.000 Menschen. Handwerker und Kaufleute waren stark vertreten. Schon damals stellte die Doppelstadt ein einziges Zentrum dar; in Buda überwog die Verwaltungskonzentration, in Pest dominierten Handelsaktivitäten. Letztere übertrafen in großen Teilbereichen damals selbst Wien.

Einzelheiten der Differenzierungen sollen hier nicht angesprochen werden; insgesamt wurden 59 Variablen berücksichtigt. Sie schließen zum Beispiel die Zahl der Kaufleute und der Handwerker ein, aber auch das Ausmaß des Landbesitzes.

Beispielhaft seien zwei weitere Gruppen skizziert:

Der Gruppe II werden elf Städte zugeordnet. Sie lagen in den reichen Getreidebauzonen und besaßen gleichzeitig auch bedeutende Rebenkulturen wie zum Beispiel Pécs, Sopron, Szeged, Zombor. Das Handwerk war hier relativ stark vertreten. Im Schnitt lag die Einwohnerzahl dieser Städte über 10.000 Einwohner. Sie zeichneten sich durch gute Verkehrsanbindung aus. Die Mehrzahl besaß höhere Verwaltungsfunktionen. Ihr Einzugsgebiet war beträchtlich, erwähnenswert auch ihre Bedeutung im Fernhandel. Bevölkerungsmäßig erfaßte ihr engerer Einzugsbereich 220.000 Bürger in Pécs, 123.000 in Sopron, 71.000 in Szeged und 69.000 in Zombor.

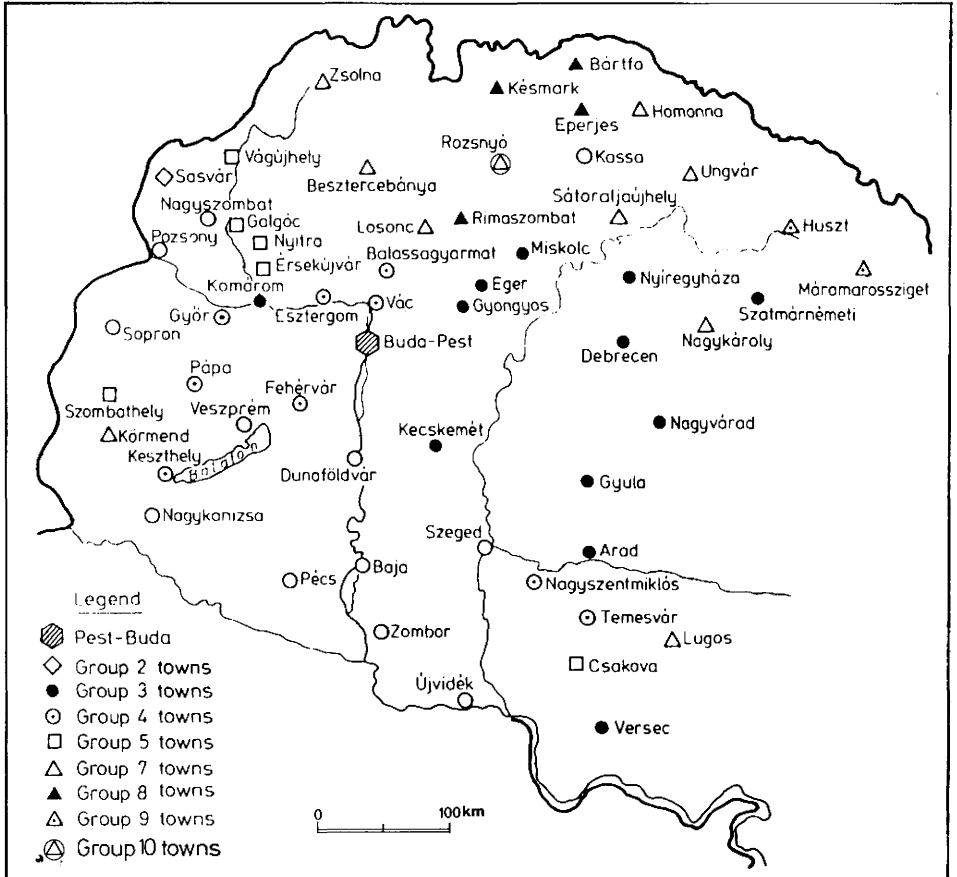
Die Gruppe VII zählt neun Städte, zum Beispiel Ungvár und Nagykaroly. Ihr engerer Markteinzugsbereich<sup>4</sup> beschränkte sich auf ein Umland mit im Schnitt ca. 35.000 Einwohnern.

Interessant ist, daß die absolute Einwohnerzahl der Zentren selbst nur eine nachgeordnete Rolle spielte. In der Gruppe II dominierte nicht Pécs mit 11.322 Einwohnern, sondern Pozsony (= 37.180 Einw.); Szeged zählte damals lediglich 32.309 Einwohner. In der Gruppe VII belief sich die durchschnittliche Einwohnerzahl auf 5.000. Es folgen dann einige Schlußfolgerungen aus dem reichhaltig berücksichtigten und interpretierten Datenmaterial.

In Teil II stellt sich die Autorin die Aufgabe, die städtische Gesellschaft in dieser Zeit des Übergangs zum Industriezeitalter zu beschreiben und näher zu

<sup>3</sup> Die Gruppe VI entfällt; vgl. Karte, S. 286 (Im Original = S. 27).

<sup>4</sup> Unter *engerem Einzugsbereich* wird jener Umgriff verstanden, in dem ein bestimmtes Marktzentrum absolut (das heißt konkurrenzlos) dominierte; im *weiteren Einzugsbereich* gab es zum Teil Überschneidungen mit jenen räumlich benachbarter Marktstädte.



Karte (S. 285, Anm. 3):

Nach dem Rang ihrer funktionalen Bedeutung unterschiedene 9 Städtegruppen.

analysieren. Sie weist zunächst auf Unzulänglichkeiten der Statistik hin: Nicht die gesamte Bevölkerung ist erfaßt (S. 56), sondern nur jene, die Steuern zahlte, insgesamt 126.000 Haushalte (S. 58). Die sogenannten *honoratiore*s (sofern sie nicht Landbesitz hatten), blieben ebenso wie die *pauperi* (die Armen) ausgeklammert. Gepachtetes Land wurde nicht erfaßt, berufliche Einkommen waren nur zu schätzen. Doch ermöglichten vielfältige Querschlüsse, Verknüpfungen, zusätzliche Auswertungen von Einzeluntersuchungen und Anmerkungen in den Unterlagen eine Vielfalt interessanter, wohl insgesamt zutreffender Aussagen. Es ist unmöglich, auf die minutiöse Erörterung von Einzelheiten einzugehen, auf die Berücksichtigung einer großen Zahl unterschiedlicher Aspekte. Immer wird sehr vorsichtig argumentiert, werden nur vertretbare Schlußfolgerungen gezogen.

Eine nähere Untersuchung erfahren die Berufsgruppen der Handwerker, Kaufleute, Selbständigen und Verwaltungsangestellten sowie der im Transportberuf Tätigen. Mehrfachberuf-Ausübende, auch Landwirte und Leute mit unbekanntem Berufen sowie Lohnarbeiter – letztere hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigt – werden ebenfalls einbezogen.

Ethnische Differenzierungen zu berücksichtigen war unmöglich. Weder Sprach- noch Religionszugehörigkeit weist der besagte Zensus aus. Von Familiennamen generell auf die Volkszugehörigkeit zu schließen verbot sich aufgrund einschlägiger Erfahrungen.

Untersucht wurden auch die Rollen des Adels, der Honoratiore und der Bürger (*cives*) sowie – ein Sonderfall – der Juden, die eine spezielle Steuer (*toleration tax*) zu zahlen hatten.

Berufszugehörigkeit und Besitzverhältnisse und die hieraus ableitbaren finanziellen und sozialen Verhältnisse werden detailliert analysiert, zum Teil unter Einbeziehung zusätzlicher, auch zeitlich jüngerer Informationen.

Insgesamt darf man der Verfasserin eine imponierende Leistung bescheinigen, die sie bescheiden nur eine Skizze nennt, welche aber im Gesamtumfang der möglichen Interpretation die damalige wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation der städtischen Zentren überzeugend herausarbeitet.

Die wohlhabenderen Familien wohnten – wie übrigens auch in West- und Mitteleuropa – damals in der Stadtmitte, seltener in einem bestimmten Vorort, die Vielzahl der mit der Landwirtschaft enger Verbundenen (haupt- und nebenberuflich Tätige würden wir heute sagen) an der Peripherie.

Die Verfasserin ist sich bewußt, daß weitere Untersuchungen notwendig sind, um 1.) bislang noch nicht interpretierbare soziale und kommerzielle Zusammenhänge aufzudecken, 2.) jüngere Handels- und andere Verbindungen zu mittel- und westeuropäischen Städten sowie räumliche innerstädtische Differenzierungen der Sozial- und Wirtschaftsstruktur noch genauer zu erkennen.

Hierzu hat Frau Bácskai einen grundlegenden Beitrag geliefert, zu der man ihr nur gratulieren kann. Gleichzeitig möchte man sie ermuntern, – nicht zuletzt mittels inzwischen erweiterter EDV-Möglichkeiten – ihre Untersuchungen fortzusetzen.

*Budavár bevételének emlékezete 1849* [Erinnerung an die Eroberung der Burg von Buda]. Budapest: Európa 1989. 621 S.

Die Veröffentlichung des vielseitigen und reichhaltigen Buches mit sehr ungewohnter Struktur ist das Verdienst von *Tamás Katona*, der die Einführung verfaßte, die Textteile auswählte und die Anmerkungen schrieb. Der Titel seiner Einführung weist auf den Inhalt des interessanten Werkes sehr geschickt hin: »Die Belagerung von Buda: Legenden und Fakten«. Der Inhalt setzt sich aus fünf Teilen zusammen: 1. Einführung, 2. »Wie es die Belagerer sahen«. Dieser Teil besteht aus vier Artikeln, geschrieben von wichtigen Teilnehmern der Ereignisse. 3. »Wie es die Belagerten sahen«. Auch dieser Teil umfaßt vier Artikel, geschrieben von den Teilnehmern der Kämpfe. 4. »Wie die bürgerliche Bevölkerung alles überlebte«. 5. Verschiedene Schriften, hauptsächlich Briefe und Briefauszüge, beinahe ausschließlich von den führenden Persönlichkeiten des ungarischen Freiheitskampfes 1848-1849 verfaßt, in Verbindung mit der Belagerung und Eroberung von Buda. Wie es in der grundlegenden Frage, ob der siegreiche Frühlingfeldzug der Honvédarmee 1849 nach Westen, in Richtung Wien beziehungsweise gegen Wien fortgesetzt oder zuerst die Hauptstadt beziehungsweise die Burg von Buda – aus politischen Gründen – erobert werden sollte, Meinungsunterschiede gab, so gab es zahlreiche unterschiedliche Meinungen der führenden Persönlichkeiten des politischen Lebens und der Armee auch in bezug auf eine Reihe weniger wichtiger Fragen. Diese Unterschiede werden aufgezeigt.

Die Belagerung beziehungsweise der Angriff auf Buda wurde von den Honvéd in der Zeit vom 6. bis 16. Mai 1849 vorbereitet und erst dann (zwischen dem 16. und 21. Mai) kam der erbitterte, blutige Kampf um die Eroberung der Burg.

Von ungarischer Seite äußerte man sich sehr positiv über den Kommandanten der Budaer Verteidigungstruppen, General Hentzi; er war bis zu seinem Tode ein beispielhafter Soldat und gleichzeitig sorgte er gewissenhaft für die Verpflegung seiner Soldaten. Auch der mutige Kampf der Verteidigungstruppen – unter ihnen waren auch Italiener und Kroaten – wurde öfters mit Anerkennung charakterisiert. Was Hentzi öfters vorgeworfen wird, war die Bombardierung von Häusern und Straßen in der Stadt Pest. Zu schweren Bombardierungen kam es am 4., 9. und 13. Mai; die Namen jener Bürger werden mitgeteilt, die ihre Häuser dadurch verloren.

Vielleicht war die Bombardierung in einigen Fällen der wichtigste Grund dafür, daß die späteren Kriegsgefangenen von den Honvéd schlecht, manchmal sogar grausam behandelt wurden. Sonst wird von österreichischer Seite anerkannt, daß sich die Sieger ziemlich tolerant verhielten. Was aber den Honvéd von mehreren Seiten vorgeworfen war, hauptsächlich durch das eigene Kommando, war die Tatsache, daß einige den Sieg zur persönlichen Bereicherung nutzen wollten, indem sie stahlen und Verwundete sowie Gefallene ausraubten.

Nach dem Sieg wurde der Kommandant der Honvéd, Arthur von Görgey, befördert; es wurde ihm ein hoher Orden verliehen.

Das Buch hat allerdings einige Schwächen, die das Lesen erschweren. Vor allem enthalten die Artikel unterschiedliche Erläuterungen sowohl der einzelnen Ereignisse als auch der ganzen Lage.

Für Leser, die Geschichtsbücher seltener zur Hand nehmen, ist auch die Sprache vielerorts nicht leicht; die zitierten Erinnerungen und hauptsächlich die 87 Briefe und Briefteile sind im alten Stil, im Original, mitgeteilt.

Die von Tamás Katona verfaßten wertvollen und oft sehr ausführlichen Anmerkungen (S. 559-611) sind behilflich, einzelne schwierige Fragen abzuklären.

László Révész

Bern

*Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848-1867. Abteilung V. Die Ministerien Erzherzog Rainer und Mensdorff. Band 4. 8. Mai 1862 – 31. Oktober 1862.* Bearbeitet von Horst BRETTNER-MESSLER und KLAUS KOCH. Mit einem Vorwort von HELMUT RUMPLER. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1986. LXVIII, 363 S.

Nach den Feststellungen Helmut Rumplers war im Jahr 1862 in der stürmischen Entwicklung der habsburgischen Monarchie eine vorübergehende Ruhe eingeleitet, die von der Regierung zu größeren Gesetzgebungsakten auf dem Wirtschafts-, Verwaltungs- und Kultursektor genutzt wurde, damit Österreich den Anschluß an das neue europäische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem finden sollte. In diesem Zusammenhang weist Rumpler darauf hin, daß durch die Weigerung der österreichischen Industrie, der Zolleinigung beizutreten, das Land selbst einen »bedeutsamen Beitrag zum Erfolg der Bismarckschen Politik geleistet« hat.

Nach der Aussage ungarischer Historiker (Éva Somogyi), die den Band begutachteten, wie Rumpler bemerkt, ist die aktive Wirtschaftspolitik der Wiener Regierung, die auch für Ungarn günstige Auswirkungen brachte, in der ungarischen Geschichtsschreibung, die sich meist für diese Zeit mit der politischen Ordnung und mit dem Verwaltungswesen beschäftigte, nicht hinreichend gewürdigt worden.

Neben diesen allgemeinen Tendenzen der politischen Auseinandersetzungen zwischen Wien und Budapest beschäftigten sich die Ministerratssitzungen mit Problemen des aufkeimenden Nationalismus in Ungarn. Ein Beispiel betraf die Besetzung neugeschaffener oder neuzuschaffender bzw. neuzubesetzender ungarischer Beamtenstellen. Die ungarische Hofkanzlei wurde dazu um Stellungnahme gebeten. Sie entwickelte dabei ihre eigenen Vorstellungen und stellte an den Ministerrat die entsprechenden Anträge. Der ungarische Hofkanzler legte vor allem Wert darauf, daß die Beamten, die beim Baudienst in Ungarn beschäftigt werden sollten, der ungarischen Sprache mächtig sein sollten (S. 141-149). Dabei vertrat der Ministerrat die Auffassung, daß nur diejenigen Beamten des Ungarischen mächtig sein mußten, »welche die Korrespondenz zu besorgen haben«. Der ungarische Hofkanzler hingegen wies darauf hin, daß die Kenntnis der ungarischen Amtssprache gesetzlich vorgeschrieben sei.

In der Sitzung des Ministerrates vom 9. Juli 1862 wurde auf Antrag des Staatsratspräsidenten über ein Gesetz zum Schutz der Nationalitätenrechte (Sprache, kulturelle Entwicklung und öffentliche Verwaltung) verhandelt (S. 108-109). Da eine gesetzliche Regelung erst nach Wiederberufung des ungarischen Landtages verabschiedet werden konnte, wurde vom Staatsrat vorgeschlagen, die Nationalitätenrechte in Ungarn einstweilen auf administrativem Wege zu schützen.

Auf dem kirchlichen Sektor kam es durch die Protestantengesetze des Jahres 1860 zu einem heftigen Streit innerhalb der evangelischen Gemeinden in Ungarn. Die Mehrheit der Gemeinden billigte die neuen gesetzlichen Vorschriften (Patentisten), während eine Minderheit (Autonomisten) diese Neuregelungen ablehnte. Der Ministerrat befaßte sich mit dieser Auseinandersetzung am 16. August 1862 (S. 183-184). Vor allem fürchteten die slawischen lutherischen Gemeinden, daß sie zur Union mit den magyarischen calvinischen Gemeinden gezwungen werden. Dadurch erhielt dieser kirchliche Streit auch eine nationale Dimension.

Darüber hinaus befaßte sich der Ministerrat mit wirtschaftlichen und administrativen Angelegenheiten in Ungarn. Dazu gehörten die Schaffung eines Bodenkreditinstituts, Beratungen über Einkommensteuer, ein neues Finanzgesetz und Steuererhöhungen sowie Maßnahmen gegen Steuerverweigerungen, Verhandlungen über den Haushaltsplan 1863, Überlegungen zu einem neuen Handelsgesetzbuch, die insgesamt zu einer ökonomischen Stärkung Ungarns führten. Auf dem administrativen Sektor wurden ungarische Probleme angesprochen bei den Beratungen über Verbesserung im Post- und Telegrafwesen, Änderungen im Gerichtswesen, Gründung einer Landwirtschaftsgesellschaft. Beratungen über eine Gemeindewahlordnung meldete sich ebenfalls der ungarische Hofkanzler zu Wort.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß dieser sorgfältig edierte Quellenband für die Neubewertung der ungarischen Geschichte im 19. Jh. wichtige Ansatzpunkte enthält, vor allem was das Verhältnis Wien-Budapest betrifft.

*Horst Glassl*

München

GERÓ, ANDRÁS: *Az elsöprö kisebbség. Népképviselet a Monarchia Magyarországn* [Die überwältigende Minderheit. Volksrepräsentation im Ungarn der Monarchie]. Budapest: Gondolat 1988. 294 S.

Es ist bereits in weiten Kreisen bekannt, daß der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 bei den Ungarn unpopulär war und das System nur dank der passiven oder aktiven Mitwirkung der nichtungarischen Nationalitäten aufrechterhalten werden konnte. Dieses Phänomen beschäftigte bereits die Zeitgenossen, doch meistens wurde nur dessen juristische Seite behandelt. Der Verf. erblickt das Grundübel in der »verlogenen Legitimität« des Systems, die – seiner Feststellung nach – den Repräsentationsgedanken korrumpierte und eine Schein-Repräsentation schuf. Das System der Repräsentation, so argumentiert Geró, spiegelte nicht annähernd das gesellschaftliche Gewicht der bestehenden Interessen wieder, son-

dem wurde der Erhaltung des politischen Systems untergeordnet. Dieses wurde dann nicht, wie ursprünglich vorgesehen, aus der sich relativ frei bildenden Mehrheit abgeleitet, sondern umgekehrt, die Mehrheit wurde für die Erhaltung des politischen Systems geschaffen. Die zwangsweise Minderheit der ausgleichsfeindlichen Opposition war nach der Titelgebung des Autors eben eine »überwältigende Minderheit«. Unter diesen Voraussetzungen wurden im Abgeordnetenhaus die politischen Interessen eher verdeckt. Der »politische Markt« (»die relativ freie Durchsetzung der politischen Richtungen und deren Vertreter im Sinne des Liberalismus«) funktionierte immer weniger, weil die Chancen der politischen Richtungen von oben eingeengt wurden, und zwar erstens bei den Wahlen, zweitens bei der Auswahl der Kandidaten und drittens bei den Gewählten. Die Folge war, so lautet die Konklusion des Verfassers, daß die Abgeordneten nur noch am Wechsel von Personen, nicht jedoch an einer Neuordnung der tatsächlichen politischen Verhältnisse interessiert waren. Die persönliche Unabhängigkeit der Abgeordneten ging allmählich verloren, und die Distanz zwischen ihnen und ihren Wählern nahm zu. Die Aussichtslosigkeit eines Systemwechsels mit konstitutionellen Mitteln führte ab den 1880er Jahren auch zur Verrohung der persönlichen Beziehungen im Parlament, man setzte sich mit dem politischen Gegner nicht mehr auf politischer Ebene auseinander, sondern der Vertreter der anderen politischen Richtung sollte moralisch erledigt und persönlich ausgeschaltet werden. Parallelen zu den Parteienstaaten des 20. Jhs. sind hier nicht von der Hand zu weisen.

Der Verf. geht in den Anfangskapiteln sorgfältig der Genesis der falschen Legitimität nach, wobei er den Ansatzpunkt der weiteren Entwicklung in den ersten Wahlen nach dem Ausgleich (1869) findet und ausführlich das Wahlrecht, den Wahlmodus und die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses unter den Bedingungen der falschen Legitimität untersucht. Er weist darauf hin, daß das Bestreben der Regierung, den Veränderungen mit allen Mitteln entgegenzuwirken, bestimmender Faktor des politischen Lebens blieb, und weist schlüssig nach, daß die Bedingungen auch die moralischen Werte der herrschenden Elite deformierten.

Wichtige Abschnitte sind im Buch dieser Elite gewidmet. Es seien die Ausführungen über die »eigenartige politische Ambivalenz« des Besitzadels erwähnt: Angehörige dieser Schicht waren doch gleichermaßen tätig in der Regierungspartei und in der Opposition, und das bedeutete die traditionelle gesellschaftliche Identität unter den Anhängern der verschiedenen Parteirichtungen. Der Verf. nennt dabei das bedeutende »Mobilitätselement« der verwandtschaftlichen Beziehungen. Auch durch Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen sollten die Abgeordneten an der Erhaltung des dualistischen Systems interessiert gemacht werden. Geeignete Gegengewichte, wie Abhängigkeit der Gewählten von den Wählern, Regelung der Inkompatibilität und Kontrolle durch die moralische Wertung der öffentlichen Meinung, fehlten. Der Autor drückt seine Überzeugung aus, daß ein Parlament ohne diese Gegengewichte nicht fähig sein kann, dem öffentlichen Wohl zu dienen und daß ein derart illusorisch gewordenes Parlament für die bürgerliche Verfassungsmäßigkeit eine Gefahr bildet, weil es früher oder später die politische Stabilität in Frage stellt.

Es mochte tatsächlich als seltsam erscheinen, daß im ungarischen Parlament auch nach der bürgerlichen Gesetzgebung die Schichten adeliger Provenienz dominierten, die unter den Abgeordneten verschiedenster Parteistellung eine Art gesellschaftlicher Identität schufen. Das Vorherrschen der adeligen Herkunft sei aber – laut Gerő – an und für sich kein Qualitätsmerkmal gewesen, weil der Besitzadel hinsichtlich sowohl der politischen Inhalte, als auch der politischen Normen vor 1867 und wegen seiner Verteilung in den Parteien auch nach dem Ausgleich mehrere Möglichkeiten in sich geborgen habe. »Folglich bedeutet seine wichtige gesellschaftliche Rolle weder das unbedingte Weiterleben der modernisierten feudalen Werte, noch das Fehlen der liberalen bürgerlichen Merkmale und auch nicht das Gegenteil von alledem«, formuliert Gerő vorsichtig. In der Tat – und das war auch eine Folge der »verlogenen Legitimität« – paßte sich das schwache Bürgertum in Ungarn dem Adel an, es übernahm dessen Verhaltensnormen, obwohl, freilich nur geringfügig, auch gegenteilige Symptome zu beobachten waren.

Alles in allem gibt der Verf. ein ziemlich düsteres und deprimierendes Bild vom ungarischen Parlamentarismus zur Zeit des Dualismus. Die Regierungspartei befand sich in einem tragischen Konflikt, als sie das Gedeihen und die territoriale Integrität Ungarns nur mit einer Politik als gesichert ansah, die von der überwiegenden Mehrheit des ungarischen Volkes abgelehnt wurde. Die falschen Antworten der damaligen Elite auf die Herausforderungen der Zeit verdienen keine Ironie. Es war allerdings in der Darstellung oft nicht zu unterscheiden gewesen, ob diese vom Autor oder von einer angeführten Quelle stammte. Das anregende und gedankenreiche Buch ist allen jenen eine aufschlußreiche Lektüre, die sich mit dem politischen und menschlichen Klima der dualistischen Epoche in Ungarn besser vertraut machen wollen.

*Adalbert Toth*

München

## 20. JAHRHUNDERT

*Karl Kautsky und die Sozialdemokratie Südosteuropas. Korrespondenz 1883-1938.* Herausgegeben von GEORGES HAUPT, JÁNOS JEMNITZ, LEO VAN ROSSUM. Frankfurt/Main, New York: Campus 1986. 649 S. = Quellen und Studien zur Sozialgeschichte 5.

Bis zum Ersten Weltkrieg galt Karl Kautsky als internationale Autorität in Fragen der marxistischen Theorie und als Hüter des orthodoxen Marxismus. Seine Schriften haben für die Verbreitung des deutschen Marxismus außerhalb Deutschlands eine weit größere Rolle gespielt als die Werke von Marx und Engels, zumal er es verstand, den »Marxismus als ein geschlossenes und verständliches System darzustellen«. Ein Beispiel dafür ist wohl seine Zusammenfassung von »Das Kapital«, Band 1, unter dem Titel »Karl Marx' ökonomische Lehren«, das teilweise anstelle des Originals verwendet wurde und vom ersten Erscheinen 1887 bis 1914 fünfzehnmal neu aufgelegt wurde.